

MONITOR

WAHL- UND SOZIALFORSCHUNG

Europawahl in Deutschland am 9. Juni 2024

Vorläufiges Ergebnis

Viola Neu und Jochen Roose

- › Die Europawahl ist mittlerweile eine nationale Zwischenwahl. In ihr finden Unzufriedenheit mit der aktuellen Politik der Bundesregierung sowie wirtschaftlicher Pessimismus ihren Niederschlag.
- › Mit 30 Prozent ist die Union die stärkste politische Kraft. An zweiter Stelle folgt die AfD und nicht die SPD.
- › Das im Januar gegründete BSW erreicht aus dem Stand mit einer heterogenen Wählerallianz 6,2 Prozent. Vor allem ehemalige Wählerinnen und Wähler der SPD und der Linken stimmen für das BSW.
- › Für Anhängerinnen und Anhänger von BSW und AfD sind Protestmotive nachgeordnet.
- › Die Ampelparteien sind die Verlierer der Wahl. Die SPD erhält das schlechteste Ergebnis bei einer nationalen Wahl in der Bundesrepublik.

Inhaltsverzeichnis

Die Europawahl in Deutschland 2024	3
1. Das Wahlergebnis in Deutschland	3
2. Wesentliche Bestimmungsgründe für das Wahlergebnis	5
3. Wählerwanderung und Sozialstruktur.....	7
Literatur	9
Impressum	12
Die Autorin und der Autor.....	12

Die Europawahl in Deutschland 2024

1. Das Wahlergebnis in Deutschland

Europawahlen (vgl. Neu 2023, Roose 2019; Roose 2024a) galten bis 2019 als Nebenwahlen, die von einem gleichgültigen bis höflichen Desinteresse begleitet wurden und in denen die Bürgerinnen und Bürger überproportional häufig kleinere Parteien wählten (auch als es noch eine Fünf-Prozent-Hürde gab).¹ In einer Reihe von Studien der Konrad-Adenauer-Stiftung zeigen die Deutschen ihre traditionell europafreundliche Haltung (Neu 2023; Roose 2024a, 2024b, 2024c).

Seit der Europawahl 2019 hat sich dies geändert. Die Europawahlen gleichen eher nationalen Zwischenwahlen. Europaspezifisch sind die Wahlen aufgrund der fehlenden Sperrklausel. Davon profitieren kleinere Parteien, die bei einer Bundestagswahl aufgrund der Fünf-Prozent-Hürde keine Mandate erhalten würden.

Die **Wahlbeteiligung** liegt bei 64,8 Prozent. Damit ist die Wahlbeteiligung gegenüber der Europawahl 2019 noch einmal gestiegen (+3,4 Prozentpunkte). Bereits 2019 war die Wahlbeteiligung deutlich höher als bei den Europawahlen zuvor.

Die **CDU/CSU** gewinnt die Europawahl und liegt mit 30,0 Prozent weit vor allen anderen Parteien. Gegenüber der Bundestagswahl 2021 gewinnt die Union 5,9 Prozentpunkte.² Damit übertrifft sie leicht das Europawahlergebnis von 2019 (+1,1 Prozentpunkte). Die Unionsparteien entsenden 29 Abgeordnete ins Europaparlament. Davon entfallen 23 auf die CDU und 6 auf die CSU. Die Anzahl der Mandate ist für beide Parteien im Vergleich zur Europawahl 2019 unverändert.

Das Ergebnis der CDU/CSU ist in Westdeutschland mit 32,4 Prozent deutlich besser als in Ostdeutschland (20,7 Prozent). Die Zugewinne im Vergleich zur Bundestagswahl 2021 sind in Westdeutschland höher als in Ostdeutschland. Die besten Ergebnisse erzielt die Union in Bayern (39,7 Prozent), Baden-Württemberg (32,0 Prozent), Niedersachsen (31,4 Prozent) und Nordrhein-Westfalen (31,2 Prozent). In Ostdeutschland liegen die Ergebnisse in Thüringen (23,2 Prozent), Sachsen-Anhalt (22,8 Prozent), Sachsen (21,8 Prozent) und Mecklenburg-Vorpommern (21,5 Prozent) auf ähnlichem Niveau.

Die **AfD** kommt auf 15,9 Prozent. Gegenüber der Bundestagswahl 2021 gewinnt die AfD 5,6 Prozentpunkte. Im Vergleich zur Europawahl 2019 ist der Zugewinn mit +4,9 Prozentpunkten ähnlich groß. Die AfD erhält 15 Sitze im Europaparlament (+4).

Die AfD ist in Ostdeutschland mit 26,6 Prozent deutlich erfolgreicher als in Westdeutschland (13,1 Prozent). Die Zuwächse der AfD im Vergleich zur Bundestagswahl 2021 fallen in Ostdeutschland höher aus als in Westdeutschland. Während die AfD in Westdeutschland in allen Bundesländern hinter der CDU/CSU und in mehreren Ländern auch hinter SPD und Grünen liegt, erreicht die AfD in Ostdeutschland mit Ausnahme von Berlin die besten Ergebnisse. Am stärksten ist die AfD in Sachsen (31,8 Prozent), Thüringen (30,7 Prozent) und Sachsen-Anhalt (30,5 Prozent).

Die **SPD** erhält 13,9 Prozent. Dies ist das schwächste Ergebnis für die SPD bei einer bundesweiten Wahl. Im Vergleich zur Bundestagswahl 2021 hat sich ihr Ergebnis fast halbiert (-11,8 Prozentpunkte). Im Vergleich zur Europawahl 2019 gibt es nur einen leichten Verlust (-1,9 Prozentpunkte). Die SPD entsendet 14 Abgeordnete in das Europaparlament (-2).

Die SPD erhält in Westdeutschland mit 15,0 Prozent ein besseres Ergebnis als in Ostdeutschland (9,9 Prozent). Die Verluste der SPD sind in beiden Landesteilen groß, fallen aber in Ostdeutschland etwas höher aus als in Westdeutschland. Ihr bestes Ergebnis erreicht die SPD in Bremen (21,5 Prozent) und dem Saarland (20,5 Prozent). Besonders groß sind die Verluste gegenüber der Bundestagswahl 2021 in Mecklenburg-Vorpommern (-18,8 Punkte) und Sachsen-Anhalt (-16,7 Punkte).

Die **Grünen** kommen auf 11,9 Prozent. Gegenüber der Bundestagswahl 2021 ist dies ein Verlust von 2,9 Prozentpunkten. Im Vergleich zum sehr erfolgreichen Wahlergebnis bei der Europawahl 2019 bedeutet dies einen Verlust von 8,6 Prozentpunkten. Die Grünen verlieren 9 Sitze und entsenden 12 Abgeordnete ins Europaparlament.

In Westdeutschland haben die Grünen mit 12,9 Prozent ein besseres Ergebnis als in Ostdeutschland mit 7,9 Prozent. Im Vergleich zur Bundestagswahl 2021 sind die Verluste in Westdeutschland und Ostdeutschland ähnlich groß. Bei der Europawahl 2019 hatten die Grünen in beiden Landesteilen deutlich besser abgeschnitten. Die Verluste im Vergleich zur Europawahl 2019 sind in Westdeutschland (-9,3 Punkte) deutlich größer als in Ostdeutschland (-5,9 Punkte). Die besten Ergebnisse erreichen die Grünen in Hamburg (21,2 Prozent) und Berlin (19,6 Prozent).

Das Bündnis **Sahra Wagenknecht (BSW)** ist sechs Monate nach seiner Gründung erstmals zu einer bundesweiten Wahl angetreten und erreicht 6,2 Prozent. Damit entfallen 6 Mandate auf das BSW.

In Ostdeutschland ist das BSW mit 13,1 Prozent deutlich erfolgreicher als in Westdeutschland mit 4,4 Prozent. Die besten Ergebnisse erreicht das BSW in Mecklenburg-Vorpommern (16,4 Prozent), Sachsen-Anhalt (15,0 Prozent) und Thüringen (15,0 Prozent). In den ostdeutschen Bundesländern mit Ausnahme von Berlin ist das BSW die drittstärkste Partei hinter der AfD und der CDU. In Westdeutschland erreicht das BSW sein bestes Ergebnis im Saarland (7,9 Prozent).

Die **FDP** kommt auf 5,2 Prozent der Stimmen. Im Vergleich zur Bundestagswahl 2021 hat die FDP mehr als die Hälfte der Stimmenanteile verloren (-6,3 Prozentpunkte). Im Vergleich zur Europawahl 2019 sind die Verluste gering (-0,2 Prozentpunkte). Die FDP erreicht 5 Mandate (+/-0).

Die FDP ist in Westdeutschland mit 5,8 Prozent stärker als in Ostdeutschland mit 2,9 Prozent. Im Vergleich zur Bundestagswahl 2021 sind die Verluste in Ostdeutschland etwas höher als in Westdeutschland. Ihre besten Ergebnisse erreicht die FDP in Hamburg (7,0 Prozent) und Baden-Württemberg (6,8 Prozent).

Bei der Europawahl gilt in Deutschland keine Fünf-Prozent-Hürde. Ein Stimmenanteil von 0,6 Prozent reicht bei dieser Wahl aus, um einen Sitz im Europaparlament zu gewinnen.

Die **Linke** erhält 2,7 Prozent der Stimmen. Nachdem Sahra Wagenknecht die Partei verlassen hat und mit einer eigenen Partei antritt, hat die Linke deutlich verloren. Im Vergleich zur Bundestagswahl 2021 verliert die Linke 2,2 Prozentpunkte, im Vergleich zur Europawahl 2019 sind es -2,8 Prozentpunkte. Die Linke gewinnt 3 Sitze im Europaparlament (-2).

Die Linke erhält in Westdeutschland mit 2,1 Prozent weniger Stimmen als in Ostdeutschland mit 5,4 Prozent. Die Verluste im Vergleich zur Bundestagswahl 2021 sind allerdings in Ostdeutschland größer als in Westdeutschland. Ihre besten Ergebnisse erzielt die Linke in Berlin (7,3 Prozent), Bremen (5,8 Prozent) und Thüringen (5,7 Prozent).

Die **Freien Wähler** erhalten 2,7 Prozent der Stimmen und damit 3 Mandate (+1). Im Vergleich zur Europawahl 2019 haben sie leichte Gewinne (+0,5 Prozentpunkte).

Volt kommt auf 2,6 Prozent der Stimmen und erhält 3 Mandate (+2). Im Vergleich zur Europawahl 2019 gewinnt Volt 1,9 Prozentpunkte hinzu.

Ins Europaparlament entsenden außerdem die Satirepartei Die PARTEI (1,9 Prozent, 2 Sitze), die Tierschutzpartei (1,4 Prozent, 1 Sitz), die ÖDP, die Familienpartei und die Partei des Fortschritts (jeweils 0,6 Prozent, 1 Sitz) Abgeordnete. Weitere Parteien, die kein Mandat errungen haben, kommen in der Summe auf 3,7 Prozent.

2. Wesentliche Bestimmungsgründe für das Wahlergebnis

Die Europawahl hat sich zu einer nationalen Zwischenwahl entwickelt. Seit 2019 sind Europawahlen keine Nebenwahlen (oder Second-Order-Elections) mehr. 60 Prozent zeigen im Vorfeld der Wahl ein starkes Interesse. 2019 waren 63 Prozent an der Europawahl interessiert. 2014 betrug der Anteil interessierter Bürgerinnen und Bürger 40 Prozent (Forschungsgruppe Wahlen). 2019 stand die Europapolitik stärker im Fokus als die Politik in Deutschland. 2019 sagten 38 Prozent, sie würden aufgrund der Politik in Deutschland ihre Wahlentscheidung treffen, 2024 liegt der Anteil bei 49 Prozent (Forschungsgruppe Wahlen). Insgesamt überwiegen europafreundliche Haltungen. So halten z.B. 70 Prozent die EU-Mitgliedschaft für eine gute Sache (Roose 2024b). Der Austritt aus der EU ist kein Thema. 87 Prozent möchten die Mitgliedschaft in der EU fortsetzen (Neu 2023).

Das Wahlergebnis wird geprägt von einer langfristigen tiefen Unzufriedenheit, Resignation und Pessimismus der Bürgerinnen und Bürger (vgl. Pokorny 2024).

Diese Stimmung findet in einer Vielzahl von Indikatoren ihren Niederschlag. In Bezug auf die Bewertung der **wirtschaftlichen Situation** ist das Meinungsklima seit der Europawahl 2019 komplett umgeschlagen. 2024 sind 34 Prozent der Wahlberechtigten der Ansicht, dass es Deutschland im Vergleich zu den westeuropäischen Nachbarn besser gehe. 2019 waren 73 Prozent dieser Meinung. Bei dieser Wahl sind noch 12 Prozent der Wahlberechtigten der Ansicht, dass die allgemeine wirtschaftliche Lage gut sei. 2019 sahen dies 59 Prozent (Forschungsgruppe Wahlen).

Die **Zufriedenheit** mit der Bundesregierung fällt sehr niedrig aus. 22 Prozent der Wahlberechtigten zeigen sich im Vorfeld der Wahl mit der Ampelregierung zufrieden. Bei den Europawahlen 1999 und 2004 befand sich die Unzufriedenheit mit der Regierung aus SPD und Grünen auf einem ähnlichen Niveau. Hier waren 74 und 79 Prozent unzufrieden. Aktuell sind es 76 Prozent (Infratest dimap). 29 Prozent sind der Ansicht, dass die Bundesregierung ihre Sache gut macht (Forschungsgruppe Wahlen).

Die **AfD**³ kann von dieser Stimmung profitieren. Gegenüber der Europawahl 2019 und der Bundestagswahl 2021 kann sie Zugewinne verzeichnen, bleibt aber hinter Umfragen aus dem Jahr 2023 zurück. In dem Wahlverhalten der AfD-Wählerinnen und -Wähler finden sich mittlerweile altbekannte Muster. Die Wählerschaft der AfD zeigt sich gegenüber Inhalten und Argumenten

jenseits der AfD-Blase immun. Kritik anderer Parteien oder der Öffentlichkeit an der AfD verfängt nicht. Die AfD wird als Opfer ungerechtfertigter Angriffe wahrgenommen. Daher führen Skandale und Probleme der eigenen Partei nicht zu einer Abwendung. Die Anhängerschaften der AfD und der Grünen stehen sich diametral und polarisierend gegenüber. Bei jedem politischen Thema gibt es zwischen diesen Parteien die größten Einstellungsunterschiede (bei dieser Wahl bis zu 80 Prozentpunkte im Themenfeld Zuwanderung; Infratest dimap). Mittlerweile ist nicht mehr davon auszugehen, dass Protestmotive das Wahlverhalten prägen. Die Anhängerinnen und Anhänger der AfD fühlen sich inhaltlich und emotional an die Partei und die Politiker gebunden.

Auch das **BSW** lebt wie die AfD von der Unzufriedenheit⁴ der Bürgerinnen und Bürger. Auch bei dieser Anhängerschaft überwiegen inhaltliche Motive vor Protestmotiven. Selbstverständlich liefert die Gründerin der Partei Argumente, das BSW zu wählen. Hoffnungen, dass das BSW zur Schwächung der AfD beitragen könnte, haben sich nicht realisiert. Wie bei vielen neuen Parteien in der Vergangenheit kommt ein buntes Wählerbündnis zusammen. In einigen Einstellungen gibt es zwischen der AfD- und der BSW-Anhängerschaft große Ähnlichkeiten: Beide stimmen mit fast drei Viertel der Aussage zu, dass die „einseitige Unterstützung für die Ukraine Deutschland schadet“. Diese Position wird von allen anderen Anhängerschaften nicht geteilt. Im Unterschied zu allen anderen Anhängerschaften machen sich die AfD- und BSW-Anhängerinnen und -Anhänger Sorgen, dass „man ausgegrenzt wird, wenn man bei bestimmten Themen seine Meinung sagt“ (Infratest dimap). Sowohl für die Anhängerschaften des BSW als auch der AfD überwiegen bundespolitische Wahlmotive vor europapolitischen (BSW 64:27 Prozent; AfD 72:19 Prozent; Infratest dimap).

Gegenüber den Problemlösungskompetenzen im Vorfeld der Europawahl zeigt sich bei den Wahlberechtigten eine große Unsicherheit. Keine Partei kann in den Bereichen, bei denen Vergleichsdaten vorliegen, einen klaren Kompetenzgewinn verbuchen.

Die **Union** hat Einbußen im Bereich Wirtschaft in Deutschland voranbringen (-11 Punkte) sowie bei der Vertretung Deutschlands Interessen in der EU (-14 Punkte) zu verzeichnen. Wobei letzteres aus der Oppositionsrolle heraus erklärbar ist. Dennoch liegt die Union in fast jedem Themenfeld deutlich vor allen anderen Parteien (mit Ausnahme der Themen Soziale Gerechtigkeit und Altersvorsorge, bei denen die SPD besser bewertet wird und beim Thema Klima- und Umweltpolitik, bei dem die Grünen besser bewertet werden). 28 Prozent trauen der Union die Lösung der wichtigsten Aufgaben zu. Gegenüber der Bundestagswahl 2021 kann die Union auf niedrigem Niveau Kompetenzen ausbauen (Infratest dimap).

Die **AfD** hat wie auch bei anderen Wahlen lediglich in den Bereichen Kriminalität (15 Prozent) und Asyl- und Flüchtlingspolitik (14 Prozent) nennenswerte Kompetenzen (Infratest dimap).

Die **Grünen** müssen einen starken Rückgang im Bereich der Klimapolitik verbuchen. Im Vorfeld der Europawahl 2019 trauen 56 Prozent den Grünen die Lösung der Aufgaben im Bereich Klima- und Umweltpolitik zu. 2024 sehen dies noch 33 Prozent so. 2019 war Klimapolitik das wahlkampfprägende Thema, was in Kombination mit der Problemlösungskompetenz zum besten Wahlergebnis der Grünen bei einer nationalen Abstimmung beitrug. Auch in der Außenpolitik ist die Kompetenzvermutung mit 12 Prozent der Nennungen niedrig (gegenüber der Bundestagswahl kann sie 7 Punkte hinzugewinnen). „Die Wirtschaft in Deutschland voranbringen“ trauen 5 Prozent den Grünen zu (Infratest dimap).

Die **SPD** hat kein ausgeprägtes Kompetenzprofil. Selbst bei der Verteidigungspolitik liegt sie mit 20 Prozent Nennungen 10 Punkte hinter der Union. Auch im Themenfeld Soziale Gerechtigkeit hat

die SPD ihre prägende Stellung eingebüßt. In der Frage der Altersvorsorge liegt die SPD 4 Punkte vor der CDU (25 Prozent); im Themenfeld Soziale Gerechtigkeit 9 Punkte (27 Prozent). Vergleicht man die Bewertungen mit denen bei der Bundestagswahl 2021, bei der die SPD deutlich besser abschnitt als bei der Europawahl, wird die Abwertung der SPD noch deutlicher. Hier zeigen sich in jedem vergleichbaren Themenfeld deutliche Einbußen. Ein zweistelliger Rückgang findet sich bei der Außenpolitik, der Steuer- und Finanzpolitik, der sozialen Gerechtigkeit, der Altersversorgung, der Wirtschaftspolitik sowie der allgemeinen Problemlösungskompetenz (Infratest dimap).

Der **FDP** werden von 15 Prozent im Bereich der Steuer- und Finanzpolitik und von 11 Prozent beim Thema „die Wirtschaft voranbringen“ Kompetenzen zugeschrieben. Im Vergleich zur Bundestagswahl 2021 verliert die FDP in der Wirtschaftspolitik 5 Punkte an Zutrauen (Infratest dimap).

Die **Linke** hat ein kaum erkennbares Profil. Selbst im Themenfeld der sozialen Gerechtigkeit büßt sie 9 Punkte ein. Hier wird sie von 6 Prozent der Befragten genannt ebenso wie das BSW, für das kein inhaltliches Kompetenzprofil erkennbar ist (Infratest dimap).

Dass **Spitzenpolitiker** einen erkennbaren Einfluss auf das Wahlergebnis haben, ist nicht sichtbar. In einer aktuellen Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen werden Olaf Scholz, Robert Habeck, Christian Lindner, Friedrich Merz und Markus Söder mit einem negativen Wert auf der Skala von +5 bis -5 bewertet. Bei denjenigen, bei denen Vergleichsdaten zu 2019 vorliegen, hat Robert Habeck einen erheblichen Verlust zu verzeichnen. 2019 kam er auf einen Wert von 1,2 bei dieser Europawahl auf -0,7. Christian Lindner wurde jeweils mit -0,6 bewertet (Forschungsgruppe Wahlen). Bei der Bundestagswahl spielte Christian Lindner hingegen vor allem bei der Mobilisierung der Wählerinnen und Wähler eine größere Rolle. Er erhielt einen Wert von +0,4. In den Analysen von Infratest dimap und der Forschungsgruppe Wahlen wurden keine Daten zu den Spitzenkandidaten für das Europäische Parlament bzw. die Europäische Kommission gestellt.

Zu den Besonderheiten von Europawahlen zählt das Abschneiden der **kleineren Parteien**. Im Wahlrecht zur Europawahl gibt es seit 2014 keine Sperrklausel. Aber auch vorher zeigten sich die Wählerinnen und Wähler von ihrer experimentierfreudigen Seite. Damit entfällt das Argument der „vergeudeten“ Stimme, wenn der Einzug nicht gelingt.

3. Wählerwanderung und Sozialstruktur⁵

Die Wählerwanderungsbilanzen bei Europawahlen werden nicht im Vergleich zur letzten Europawahl gerechnet, sondern immer im Vergleich zur letzten Bundestagswahl. Grund dafür ist die Berechnung basierend auf der Rückerinnerung der Wählerinnen und Wähler. Die Erinnerung an die Wahlentscheidung bei der Europawahl 2019 ist schwach ausgeprägt, weshalb der Vergleich zur Bundestagswahl gezogen wird.

Im Vergleich zur Bundestagswahl 2021 ist die Wahlbeteiligung bei der Europawahl geringer. Obwohl die Wahlbeteiligung bei der aktuellen Europawahl mit 64,8 Prozent höher ist als bei fast allen Europawahlen zuvor, lag die Beteiligung bei der letzten Bundestagswahl mit 76,6 Prozent noch einmal deutlich höher. Dies schlägt sich in den Wählerwanderungsanalysen nieder.

Die **CDU/CSU** gewinnt von der SPD deutlich Stimmen hinzu. 1.450.000 Wählerinnen und Wähler gewinnt die Union bei der Europawahl gegenüber der Bundestagswahl 2021 von der SPD im Saldo dazu. Zugewinne hat die CDU/CSU auch von den Grünen (+560.000). Dagegen verzeichnet die CDU/CSU im Saldo Verluste gegenüber AfD (-570.000) und BSW (-260.000).

Die Union erzielt überdurchschnittliche Ergebnisse bei den Älteren. Dies ist ein typisches Phänomen, allerdings verzeichnet die Union bei den Älteren leichte Verluste, während sie bei den Wahlberechtigten unter 25 Jahre überdurchschnittliche Zugewinne hat. In Westdeutschland ist die CDU/CSU bei den Arbeiterinnen und Arbeitern die stärkste Partei. In großen Städten schneidet die CDU/CSU etwas schlechter ab als in kleineren Städten oder ländlichen Gebieten. Allerdings hat sich dieses Muster nicht verändert, denn die Union gewinnt unabhängig von der Siedlungsdichte überall etwas hinzu.

Die **AfD** gewinnt im Saldo von fast allen Parteien. Die Zugewinne kommen in gleicher Höhe von der SPD und der CDU/CSU (jeweils 570.000). Kleinere Zugewinne hat die AfD von der Linken (150.000), während sie etwas an das BSW abgibt (160.000).

In der mittleren Altersgruppe (Mitte 30 bis Mitte 40) erzielt die AfD meist überdurchschnittliche Ergebnisse. Das gilt auch für diese Wahl. Die Zuwächse sind bei den Jüngeren (bis 25 Jahre) deutlicher als in den anderen Altersgruppen. Insbesondere bei jüngeren Männern kann die AfD hinzugewinnen. Die AfD kann auch bei Menschen, die ihre eigene wirtschaftliche Lage als weniger gut oder schlecht beschreiben, überdurchschnittlich hinzugewinnen. In Ostdeutschland entscheiden sich die Arbeiterinnen und Arbeiter am häufigsten für die AfD, während es in Westdeutschland die CDU/CSU ist. Die AfD schneidet in ländlichen Gebieten etwas besser ab und je größer die Städte sind, desto geringer ist das AfD-Ergebnis. Dieses Muster hat sich mit der Europawahl verstärkt, denn die Zugewinne der AfD fallen in ländlicheren Regionen höher aus als in den städtischen.

Die **SPD** verliert Wählerinnen und Wähler in alle Richtungen. Die größten Verluste hat die SPD im Saldo an die CDU/CSU (1.450.000). In etwa gleicher Höhe verliert die SPD an die AfD (-570.000) und das BSW (-580.000). Bei der Bundestagswahl 2021 hatte die SPD von der AfD Wählerinnen und Wähler hinzugewinnen können, doch nun verliert sie an die AfD noch deutlicher. Außerdem verliert die SPD im Vergleich zur Bundestagswahl 2021 leicht an die FDP (-120.000) und in erheblichem Maße an andere Parteien (-640.000).⁶ Besonders viele Wahlberechtigte, die bei der Bundestagswahl 2021 die SPD gewählt hatten, bleiben nun der Wahl fern (-2.490.000).

Unter den Wahlberechtigten ab 60 Jahre ist die SPD traditionell vergleichsweise stark. Dieses Muster bleibt unverändert. Etwas deutlicher als im Durchschnitt sind die Verluste der SPD bei Menschen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen.

Die **Grünen** verlieren vor allem an die anderen Parteien. 860.000 Wahlberechtigte, die bei der Bundestagswahl 2021 die Grünen unterstützt haben, entscheiden sich nun für eine der anderen Parteien. Verluste haben die Grünen auch in Richtung der CDU/CSU (-560.000). Verlusten an das BSW (-150.000) und in kleinerem Umfang an AfD, Linke und FDP stehen leichte Gewinne von der SPD (+80.000) gegenüber.

Besonders deutlich verlieren die Grünen bei Menschen unter 30 Jahren. In dieser Altersgruppe hatten sie bei der Bundestagswahl 2021 deutlich hinzugewonnen. Die Verluste bei der Europawahl übersteigen diese Zugewinne. Dies gilt stärker für Frauen als für Männer und ist in Westdeutschland ausgeprägter als in Ostdeutschland, wo die Grünen traditionell niedrigere

Wahlergebnisse erzielen. Die Grünen sind unverändert in den großen Städten stärker als auf dem Land, verlieren aber sowohl in den Städten als auch auf dem Land.

Das **Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW)** tritt erstmalig bei einer bundesweiten Wahl an und hat entsprechend nur Zuströme. Die Wählerinnen und Wähler des BSW kommen von der SPD (+580.000), der Linken (+470.000), der CDU/CSU (+260.000), der FDP (+230.000), der AfD (+160.000), den Grünen (+150.000) sowie ehemaligen Nichtwählerinnen und Nichtwählern (+140.000).

Das sozialstrukturelle Profil des BSW ist nicht ausgeprägt, allerdings wird die Partei bei Menschen in einer weniger guten oder schlechten wirtschaftlichen Lage überdurchschnittlich gewählt.

Die **FDP** verliert gegenüber der Bundestagswahl 2021 an die CDU/CSU (-1.090.000), die anderen Parteien (-500.000), die AfD (-430.000) und das BSW (-230.000). Die Verluste an das Nichtwählerlager sind erheblich (-1.070.000). Leichte Zugewinne erzielt die FDP im Saldo von der SPD (+120.000).

Die **Linke** verliert am deutlichsten an das BSW (-470.000), aber auch an andere Parteien (-260.000) und die AfD (-150.000).

Die Linke ist in den großen Städten deutlich erfolgreicher als in kleineren Städten oder auf dem Land. Die Verluste sind aber gleichmäßig in der Stadt und auf dem Land.

Die **anderen Parteien**, darunter Volt, die Freien Wähler, die PARTEI und die Tierschutzpartei, gewinnen im Saldo insbesondere von den Grünen (+860.000), der SPD (+640.000), und der FDP (+500.000).

Literatur

Neu, Viola, 2023: Die europafreundlichen Deutschen. Repräsentative Umfrage zu Einstellungen zu Europa in der deutschen Bevölkerung. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
<https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/die-europafreundlichen-deutschen> (zuletzt abgerufen 10.06.2024).

Pokorny, Sabine, 2024: Bäumchen wechsel dich? Politische Einstellungen im Wandel. Ergebnisse aus drei repräsentativen Trend-Umfragen. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.,
<https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/baemchen-wechsel-dich-politische-einstellungen-im-wandel> (zuletzt abgerufen 10.06.2024).

Roose, Jochen, 2019: Union – Die Europapartei. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage zu Werten Europas und europapolitischer Parteikompetenz. Analysen und Argumente 345. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. <https://www.kas.de/de/analysen-und-argumente/detail/-/content/union-die-europapartei> (zuletzt abgerufen 10.06.2024).

Roose, Jochen, 2024a: Begeistert, kritisch, unaufgeregt, resigniert – die Deutschen und Europa. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage zu europapolitischen Einstellungen. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/begeistert-kritisch-unaufgeregt-resigniert-die-deutschen-und-europa> (zuletzt abgerufen 10.6.2024).

Roose, Jochen, 2024b: Die Stimmung vor der Europawahl 2024. Repräsentative Umfrage zu europapolitischen Einstellungen vor der Europawahl 2024. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/die-stimmung-vor-der-europawahl-2024> (zuletzt abgerufen 10.06.2024).

Roose, Jochen 2024c: Meine 1. Europawahl. Repräsentative Umfrage zu europapolitischen Einstellungen von Erstwählerinnen und Erstwählern. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/meine-1-europawahl> (zuletzt abgerufen 10.06.2024).

-
- ¹ Quellen: Forschungsgruppe Wahlen und Infratest dimap. Alle Grafiken und Tabellen, auf denen die Wahlanalyse beruht, werden in einem gesonderten Tabellenanhang im Detail publiziert und sind ebenfalls unter wahlen.kas.de verfügbar.
 - ² Alle Vergleiche zur Bundestagswahl beziehen sich auf die Wahl vom 26. September 2021 ohne die nachträgliche Wiederholungswahl in Teilen von Berlin am 11. Februar 2024. Die Ergebnisse der Nachwahlbefragung zur Bundestagswahl, auf denen sozialstrukturelle Analysen und die Wählerwanderungsanalysen beruhen, stammen ebenfalls von der Bundestagswahl am 26. September 2021.
 - ³ Im Erscheinen befindet sich die Studie „Enttäuschung, Frust und Resignation. Eine qualitative Analyse der politischen Stimmungslage in Deutschland von Caroline Werkmann, Hans-Jürgen Frieß. Die Einstellungen der AfD-Anhängerinnen und -anhänger bilden einen Schwerpunkt bei Werkmann/Frieß.
 - ⁴ Im Erscheinen befindet sich Analysen zum BSW und der Stimmung in der Bevölkerung: „Öfter mal was Neues.“ Repräsentative Umfrage zu den Wählerinnen und Wählern der neuen Partei Bündnis Sahra Wagenknecht von Jochen Roose.
 - ⁵ Die Daten der Wählerwanderung beziehen sich ausschließlich auf Daten von Infratest dimap. Aufgrund von Abweichungen in den Ergebnissen zur Sozialstruktur der Wählerschaften von Infratest dimap und der Forschungsgruppe Wahlen werden nur vergleichbare Ergebnisse berichtet.
 - ⁶ Zu den „anderen Parteien“ zählen in diesem Fall alle Parteien, die derzeit nicht im Bundestag vertreten sind, wobei sowohl die Linke als auch das BSW gesondert ausgewiesen sind und nicht in die Kategorie „andere Parteien“ fallen.

Impressum

Die Autorin und der Autor

Dr. Viola Neu ist stellvertretende Leiterin von Analyse und Beratung und leitet die Wahl- und Sozialforschung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Dr. Jochen Roose ist Referent für Wahl- und Sozialforschung in der Abteilung Analyse und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Dr. Viola Neu

Stellvertretende Leiterin Analyse und Beratung
Leiterin Wahl- und Sozialforschung

T +49 30 / 26 996-3506

viola.neu@kas.de

PD Dr. Jochen Roose

Referent Wahl- und Sozialforschung

T +49 30 / 26 996-3798

jochen.roose@kas.de

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2024, Berlin.

Gestaltung: yellow too, Pasiak Horntrich GbR

Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).